Der Deutsche Correspondent.

31. Jahrgang. Baltimore, Md., Freitag, den 22. Januar 1875. Nr. 4.

Uebersicht der wichtigsten Ereignisse.

Diejenigen, welche nach dem Erscheinen der Spezial-Botschaft des Präsidenten vermutheten, daß die ganze Einmischungs-Affaire in Louisiana nur ein Werk übereifriger Generäle gewesen sei, und welche infolge Dessen geneigt waren, den schwersten Theil der Schuld von Grant abzuwälzen, sind seitdem sehr rasch anderer Meinung geworden. Schon der Comite-Bericht über Louisiana, von zwei Republikanern und einem Demokraten abgefaßt, mußte der Nation die Augen öffnen. Im Lichte dieses wuchtigen Dokumentes erscheint Grant als Das, was er als Präsident nie sein sollte, was er aber leider stets gewesen ist, als der kleinliche Parteimann, welcher alle Thatsachen zu Gunsten der Partei fälscht und verdreht, welcher kein anderes Ziel kennt, als den Erfolg der Partei, resp. seinen Erfolg, denn es ist nachgerade mit der republikanischen Partei so weit gekommen, daß Grant sagen kann: „Die republikanische Partei bin ich." Dieser Comite-Bericht hat die von Grant eingenommene Position vollständig demolirt, er war deshalb den Parteiknechten eine Thorheit und den Parteiführern ein Greuel. Sofort wurden am letzten Montage drei willigere Werkzeuge abgeschickt, die jedenfalls einen vollständigen Kuklux Bericht einreichen werden, wenn kein Wunder geschieht, wie das im alten Testamente erzählte, wo ein Prophet, der ausgeschickt war, zu fluchen, segnen mußte, weil er — einen Esel hatte sprechen hören. Der Esel unseres Bileam hat bereits geschrie'n — er heißt Logan, was in der Chekokesensprache bedeutet „Der schreiende Maulesel."

Die amerikanische Nation, in deren Gesetzgebungen, Volksversammlungen und Parteiberathungen der von New York angeregte Indignationssturm noch immer fortdauert, wurde am letzten Montage durch eine

neue Gewaltthat des Bundesmilitärs

überrascht.—In Vicksburg sollte die Gerichtssitzung eröffnet werden, als plötzlich eine Abtheilung Militär erschien und den neuerwählten Scheriff vertrieb. Wir haben diese neue Einmischung eine verschlimmerte Auflage der Gewaltthat von Louisiana genannt, und von den meisten Politikern wird dieselbe so aufgefaßt, merkwürdiger Weise verhält sich aber das Volk ganz ruhig, und der zeitgemäße Antrag des Baltimorer Repräsentanten, den Präsidenten auch wegen dieser Einmischung zu interpelliren, blieb fast gänzlich unbeachtet. Desto mehr regt sich im Lande die mit der Zeit anrüchig gewordene Loyalität. Von allen Seiten kommen Ergebenheits-Adressen und Zustimmungsbeschlüsse von feilen Aemterjägern, und das Volk schweigt. — Hat es bereits den Glauben an seine Souveränität verloren?—

Die neu-aufgetauchten Kriegsgerichte

dienen ferner dazu, das Land zu beunruhigen und die Situation zu verwirren. Wir haben gestern eine bezeichnende Unterredung zwischen einem Redakteur der „N.-Y. Tribüne" und einem hervorragenden Führer der rep. Partei mitgetheilt. Während die von dem betreffenden Politiker hingeworfenen Vermuthungen und Befürchtungen die Nation wie ein Blitz aus heiterem Himmel trafen, folgte noch an demselben Tage in einer Botschaft des Präsidenten an den Congreß der offizielle Donner. Hr. Grant erinnert daran, daß er bereits in seiner Jahresbotschaft darauf aufmerksam gemacht habe, daß man in Zeiten des Friedens zum Kriege gerüstet sein müsse und empfiehlt nun speziell, die Küsten-Festungen zu armiren. Wäre die Sache unter der Hand geschehen, d. h. wäre die nothwendige Verwilligung in aller Stille in die Verwilligungs-Bill eingezeichnet worden, so würde man sich Nichts weiter dabei gedacht haben; diese Spezial-Botschaft ist aber eine förmliche Drohung und kann in Havanna und Madrid nicht unbeachtet bleiben. Freilich wird Nichts so heiß gegessen, als es gekocht ist, und die Sache mag sich hinziehen, bis der demokratische Congreß tagt. Derselbe wird natürlich bestrebt sein, unter allen Umständen den Frieden zu wahren, und darauf baut augenscheinlich der Verschwörer im „Weißen-Hause" seine Pläne.—Einige sind der Ansicht, daß die betreffende Botschaft wieder eins von Grant's bekannten Börsenmanövern sei, um etwelchen Freunden Gelegenheit zu geben, ihre von der „Lobby" erhaltenen „Cubaner" zu annehmbaren Preisen an den Mann zu bringen. Es ist schlimm genug, daß man den Präsidenten des Landes jeder Nichtswürdigkeit fähig hält.

Die Senatorwahlen.

Dienstag und Mittwoch fanden in zahlreichen Staaten der Union Senatorwahlen statt. Am Dienstage wurden sechs neue Bundes-Senatoren erwählt, darunter 5 Demokraten und 1 Republikaner. Dieses ist ein demokratischer Netto-Gewinn von 2 Stimmen, wenn man in Betracht zieht, daß die liberalen Republikaner Schurz und Fenton, welche gleichfalls durch Demokraten ersetzt worden sind, seit Jahr und Tag mit der demokratischen Organisation gestimmt haben. Ueber die Zurücksetzung von Schurz ist in den letzteren Tagen in deutscher und englischer Sprache viel Unsinn geschrieben worden. Daß Schurz bisher der einflußreichste und talentvollste Wortführer der Opposition war, steht fest; ebenso fest mag es stehen, daß sein Nachfolger nicht im Stande sein wird, den hundertsten Theil der Aufmerksamkeit zu erregen, als der deutsche Senator. Schurz wurde jedenfalls nicht wieder erwählt, weil es im Parteileben noch nie dagewesen ist, daß eine Partei einen Mann erwählt, der nicht zu ihrer Organisation gehört und dieses wird sich auch vor der Hand nicht ereignen, so lange praktisches Interesse die Politik bestimmt; es ist dieses eben so unmöglich, wie es für den Berg unmöglich war, zu Mahomed zu kommen. Wäre Schurz zu den Demokraten übergegangen, so dürfte er wieder erwählt worden sein; er zog jedoch vor, in seiner Sonderstellung zu beharren und die Chancen abzuwarten, welche ihm das Schicksal künftig in den Weg wirft. Unserer Ansicht nach hat Schurz richtig gehandelt. Wäre er zu den Demokraten in der letzten Stunde übergelaufen, so würde er künftig als gewöhnlicher Aemterjäger vor der Nation dagestanden haben. Die Demokratie von Missouri hat aber auch richtig gehandelt. Eine Partei, welche sich einem außerhalb ihrer Organisation stehenden Manne in die Arme wirft, bekundet eine verächtliche Schwäche. Ein Mann mag unersetzlich sein, unentbehrlich ist Niemand in der Welt. Diejenigen aber, welche nun glauben, daß Schurz in der amerikanischen Politik ausgespielt habe, begehen einen noch größeren Irrthum, als Die, welche für die Demokraten von Missouri nur bitteren Tadel haben. Glücklicherweise ist Hr. Schurz noch jung genug und sein gewissermaßen selbstverschuldeter, wenn nicht selbstgewählter Ruhestand wird nicht sehr lange dauern. Uebrigens ist es lächerlich zu vermuthen, daß er jetzt so rasch, als möglich, in den Pferch der Grantpartei zurückkehren wird; nein, er wird auch künftig zur Opposition halten, und wenn die Demokraten ein acceptables Präsidentschafts-Ticket aufstellen, dann wird er es eifrig unterstützen; er wird sogar jedes demokratische Ticket unterstützen, wenn dessen Gegen-Candidat Grant heißt. Was er dagegen nach der nächsten Präsidentenwahl thun wird, ist eine andere Frage, das hängt jedenfalls davon ab, wie sich die demokratische Partei, im Falle sie zur Macht gelangen sollte, halten wird.

Die Republikaner von Massachusetts hätten wohl einen besseren Mann an Sumner's Stelle in den Senat schicken können, als Dawes, immerhin muß man aber noch dankbar sein, daß sie keinen schlechteren geschickt haben.

Die „Pacific-Mail"-Untersuchung

schleppt sich noch so langsam fort; wie es uns scheint, spielt man Blinde Kuh und beabsichtigt durchaus nicht, einen der bestochenen Herren zu fangen. Unterdessen tauchen noch in allen Departements Schwindeleien auf, welche untersucht werden müssen. Dieser embarrasse de riches an Corruption kommt übrigens einigen Dieben und Gaunern zu Statten, nämlich den sog. „Spindensprengern," von denen man in letzterer Zeit gar Nichts mehr hört.

Louisiana.

Mit Bezug auf Louisiana ist ein neues Programm ausgearbeitet worden. Man will die Anführer der „Weißen-Liga" als Zeugen vorladen und wenn dieselben unter Eid aussagen, daß sie am 14. Septbr. bei dem Aufruhre betheiligt waren, dann will man ihnen wegen Mordes den Prozeß machen.

Unterdessen klopft Pinchback im Bundessenate als neuer College an. Präsident Grant soll sich geäußert haben, daß, wenn der Senat Pinchback aufnimmt, er dieses als eine Billigung seines Verfahrens ansehen werde; im anderen Falle will er seine Truppen zurückziehen und Kellogg seinem Schicksale überlassen. Wir befürchten, daß Letzteres eine neue Schlinge ist, um die Bevölkerung von Louisiana zu veranlassen, abermals den Versuch zu machen, Kellogg zu stürzen, damit der erwünschte südliche Aufstand endlich ausbricht. Die Südländer können unter allen Umständen nichts Besseres thun, als das Unerträgliche geduldig zu ertragen.

Eine verschlimmerte Auflage der Gewaltthat von Louisiana.

Präsident Grant sandte heute vor acht Tagen eine Botschaft im Betreff der Louisiana-Angelegenheit an den Senat; in derselben versuchte er das Auftreten des Militärs in Louisiana zu erklären, resp. zu entschuldigen; besonderes Gewicht wurde jedoch von der Presse des Landes darauf gelegt, daß er sich selbst ebenfalls entschuldigte und die Verantwortlichkeit für die militärische Gewaltthat von sich wies. Die Botschaft hat nun keineswegs die Wirkung auf die durch jene ungerechtfertigte Handlung erbitterte Nation ausgeübt, als die Parteifreunde von ihr behaupten, aber die Sache drohte doch nach amerikanischer Manier im Sande zu verlaufen; denn es ist eine Thatsache, daß das amerikanische Volk solchen Uebergriffen gegenüber eine Langmuth an den Tag legt, welche selbst in europäischen Monarchie'n unmöglich wäre. Man regt sich im ersten Augenblick allerdings ungeheuer auf, faßt Beschlüsse und ergibt sich dann in dem Gefühle, das Vaterland gerettet zu haben, auf's Neue der Ruhe und Sicherheit. Es brauchte deshalb gar nicht Wunder zu nehmen, daß in den letzten Tagen das Verbrechen von Louisiana ungesühnt in Vergessenheit zu gerathen drohte. Der Präsident hat nun selbst dafür gesorgt, daß die Nation seine Verletzung der Constitution nicht so leicht vergessen wird. — Die Einmischung des Militärs in die Munizipalangelegenheiten von Vicksburg ist ein neuer Beweis von seiner Nichtachtung der Staatenrechte; dieselbe ist eine verschlimmerte Auflage der Gewaltthat von Louisiana.

Die Vicksburger Wirren sind unseren Lesern noch frisch im Gedächtnisse. Von den drei unglücklichen Südstaaten, in denen die Neger die politische Macht in der Hand halten — Süd-Carolina, Louisiana und Mississippi — ist der Letztere vielleicht am meisten zu bedauern, weil er die geringste Hoffnung hat, von der schwarzen Plage erlös't zu werden. Neger und Carpet-Bagger theilen sich dort brüderlich in die Herrschaft und in die — Beute. Gouverneur des Staates ist A. Ames, ein Sohn jenes corrupten „Credit-Mobilier"-Ames, der bekanntlich seinen Bestechungsfond da placirte, „wo er den größten Nutzen brachte." — Die Staatsschuld von Mississippi ist seit wenigen Jahren so ungeheuer angeschwollen, daß die Besteuerung der Confiskation gleichkommt. Der Diebstahl in allen Staatsämtern ist förmlich organisirt. In Vicksburg wurde im vorigen Jahre ein Neger, Namens Crosby, zum Scheriff erwählt. Dieser Mann weigerte sich, die übliche Caution zu stellen und wurde infolge Dessen von den weißen Bürgern des County's (den Steuerzahlern) verjagt. Dieses vollzog sich bekanntlich sehr friedlich und ohne jegliches Blutvergießen. Crosby sammelte jedoch eine kleine „Armee" von Negern, bewaffnete dieselben und rückte gegen Vicksburg vor, um sein Amt wieder zu erobern. Die Weißen bewaffneten sich gleichfalls und es kam zu mehreren Gefechten, bei denen es auf beiden Seiten Todte und Verwundete gab, in denen aber die Weißen die Oberhand behielten. Crosby wurde gefangen genommen und unterzeichnete einen Revers, daß er auf das Amt verzichte. Eine Spezialwahl ward auf den 31. Dezbr. v. J. ausgeschrieben, bei welcher Crosby von den Negern abermals als Candidat aufgestellt wurde. Die Weißen unterstützten dagegen einen weißen Republikaner, Namens Flanigan, u. derselbe wurde erwählt. — So stand die Sache vor einigen Tagen. Gouv. Ames aber, der keine Miliz im Staate organisiren kann, suchte um Bundeshülfe nach, damit Ruhestörungen bei der Eröffnung des Gerichtes vermieden würden. Daß es am Montag zu Ruhestörungen gekommen ist, wird nirgends berichtet, wohl aber liegt der Bericht vor, daß Major Head auf Befehl des Gen. Emory in das Gericht drang, den Scheriff Flanigan vertrieb und das Scheriffsamt durch Bundestruppen besetzte. — Am 4. Jan. drang das Militär in die Gesetzgebung von Louisiana und entschied, wer als Mitglied des Unterhauses zu einem Sitze berechtigt sei. Der Präsident, wegen dieser Gewaltthat interpellirt, schickt eine Botschaft an den Senat, in welcher er wörtlich sagt: „Ich kann mir keinen Fall denken, es sei denn, daß er Rebellion und Insurrektion beträfe, in welchem solche Einmischung durch die Bundesregierung erlaubt oder gerechtfertigt werden könnte;" und noch sind keine acht Tage verflossen, so gestattet er dem Militär, in einem anderen Staate zu entscheiden, wer die Munizipalämter bekleiden soll, und wer nicht.

Dieses sieht aus wie eine Verhöhnung der gerechten Indignation des Volkes wegen der Vorgänge in Louisiana. Wir sind neugierig, was die amerikanische Nation hierzu sagt.

Das radikale Reconstruktions-Complot.

Die „N.-O. Deutsche Ztg." schreibt: „Die neuesten Depeschen aus Washington bestätigen ganz einfach, was wir an dieser Stelle wiederholt warnend vorausgesagt haben, und es überrascht uns daher auch gar nicht zu erfahren, die radikale Congreß-Majorität habe beschlossen, eine Bill zur Reconstruktion von fünf südlichen Staaten — Alabama, Arkansas, Florida, Georgia und Nord-Carolina — in beiden Häusern einzubringen und dieselbe, allem Widerstande der Demokraten, allen Protesten des ganzen Landes zum Trotze, ohne Debatte unter der Peitsche der previous question durchzuzwingen. Louisiana soll, wie es scheint, nicht geradezu „reconstruirt," sondern bis 1876 unter ein quasi-militärisches Provisional government gestellt werden.

Haben die radikalen Parteiführer einmal den Beschluß gefaßt, eine solche Maßregel zu riskiren, so kann sie auch Nichts an ihrer Durchführung hindern. Auch nicht der nächste, nur zur Hälfte demokratische 44. Congreß, denn das Haus allein vermag ein vom gegenwärtigen 43. Congresse noch kurz vor Thoresschluß passirtes Reconstruktions-Gesetz vor der nächsten Präsidentenwahl nicht zu widerrufen, und die Elektoral-Stimmen jener fünf oder sechs südlichen Staaten sind für den demokratischen Präsidentschafts-Candidaten 1876 verloren.

Die möglichen Folgen eines solchen Gewaltstreichs, den Bürgerkrieg, haben die radikalen Chefs schon längst in's Auge gefaßt und berechnet. Der Staatsstreich vom 4. Januar in New-Orleans erscheint jetzt in der Beleuchtung der nächsten Zukunft, nur noch als eine Art Prolog zu dem großen Drama, das im Jahre 1877 der nationalen Existenz der Ver. Staaten ein Ende machen, und die „Union" von 37 Staaten nach Vollendung des ersten Jahrhunderts ihres Bestandes in ein halb Dutzend kleine unabhängige Republiken umwandeln wird. Die nächstjährige hundertjährige Jubelfeier würde in diesem Falle kein Geburts-, sondern ein Todtenfest der amerikanischen Republik sein."

Die Beziehungen der Ver. Staaten zu Spanien.

Jetzt, nachdem der Versuch der Administration, im Süden eine neue Rebellion zu erzeugen, fehlgeschlagen ist, tauchen wieder zahlreiche Gerüchte über einen bevorstehenden Conflikt mit Spanien auf. Unter den tonangebenden Führern beider Parteien herrscht gegenwärtig die Befürchtung, daß die Administration einen Krieg mit Spanien herbeizuführen sucht. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und der neuen Monarchie sind gegenwärtig derart, daß sie in Washington zu jeder Stunde verändert, resp. gänzlich umgestaltet werden können. Der Präsident kann, wenn er wünscht, das spanische Cabinet in eine Lage bringen, in welcher es entweder Drohung durch Drohung beantworten, oder eine Schwäche an den Tag legen muß, welche für die junge Monarchie verderblich werden müßte. Die spanischen Königsfabrikanten würden ohne Zweifel, wie bisher, den Ton der Bramarbasade und Einschüchterung anschlagen, und lieber zum Kriege greifen, als daß sie ihre Herrschaft über das unglückliche Land aufgäben; die spanische Soldateska würde selbstverständlich gleicher Ansicht mit ihnen sein; das Volk im Allgemeinen kommt dort nicht in Betracht. Sonderbarer Weise herrscht aber in den Ver. Staaten ein Verhältniß, welches dem spanischen in einigen Punkten ähnlich ist. Auch an der Spitze dieser Republik steht eine Bande von Verschwörern, für welche die Verewigung der Herrschaft das Ziel ihrer Wünsche und der Preis ihrer Bestrebungen ist.

Welche Nation in dem bevorstehenden Conflikte siegen würde, ist allerdings jetzt schon vorauszusehen, aber es ist auch eben so wahrscheinlich, daß die beiden Categorie'n von Verschwörern, die amerikanischen sowohl, als die spanischen unter dem Drucke eines Krieges mehr Aussichten haben würden, ihren Zweck zu erreichen, als ohne die solche Appellation an das Nationalgefühl. Unter der Aegide des Friedens würde sich der in der letzten Novemberwahl eröffnete Umschwung leicht und naturgemäß vollziehen und das Land 1876 einen demokratischen Präsidenten erwählen, der in dem demokratischen 44. Congresse bereits seinen Schatten vorauswirft; ohne einen Krieg mit den Ver. Staaten würde aber auch eben so wahrscheinlich der Junker Alfons sehr bald seine Krone, die ihm kürzlich von den loyalen Handelsherren von Madrid verehrt worden ist, niederlegen müssen, wenn er nicht vorziehen sollte, dieselbe mit in's Exil zu nehmen, da sie immer ein Gegenstand bleibt, den man im Falle der Noth einmal in's — Pfandhaus schicken kann. In wenig Worten: Ein Krieg zwischen Spanien und den Ver. Staaten würde dort den ersten Termin befestigen, hier aber den dritten Termin möglich und vielleicht nothwendig machen.

Ueber die gegenwärtigen Kriegsbefürchtungen enthält die gestrige „N.-Y. Tribüne" eine wichtige Correspondenz in Gestalt einer Unterredung zwischen einem Redakteur jenes Blattes (Whitelaw Reid) und einem hervorragenden republikanischen Führer, „der bereits als präsumptiver Nachfolger Grant's gelegentlich genannt worden ist" (Sprecher Blaine), welche wir hier mittheilen wollen.

Der Letztere sprach die Ansicht aus, daß die cubanische Frage Grant's Trumpfkarte sei, welche er demnächst auszuspielen werde, ohne Rücksicht auf die Kosten an Geld und Blut, welche dem Lande dadurch erwachsen müßten. „Wenn Sie die Geschichte unserer diplomatischen Beziehungen zu Spanien während der letzten zwei Jahre und speziell seit der „Virginius"-Affaire in Betracht ziehen," — sagte der rep. Führer — „dann werden Sie in derselben den Schlüssel zu allen eigenthümlichen Schritten Grant's finden, welche derselbe mit Bezug auf seine Verlängerung der Herrschaft thut. Warum wurden unsere Ansprüche im Betreff der „Virginius"-Frage nicht eben so prompt urgirt, als diejenigen England's? Einfach, weil es zu früh gewesen sein würde, um die Präsidentschafts-Campagne von 1876 zu beeinflussen. Warum wurde Cushing nach Spanien geschickt mit Instruktionen, welche ihn rechtfertigen, einen Druck auf die dortige Regierung auszuüben, sobald er das Stichwort von Washington erhält, und warum wurden diese Instruktionen die ganze Zeit her geheim gehalten? Augenscheinlich liegt hier ein schlau angelegter und bisher gut durchgeführter Plan vor, unsere Abrechnung mit Spanien aufzuschieben, bis die Zeit kommt, zu handeln."

Der Herr, zu welchem diese Worte gesprochen wurden, bemerkte: „Wenn es wahr ist, daß der Präsident Krieg mit Spanien wünscht, wie will er dieses anfangen? Der Congreß vertagt sich in sechs Wochen, und ohne den gemeinschaftlichen Beschluß beider Häuser darf kein Krieg erklärt werden."

„Ganz recht," — erwiderte der rep. Parteiführer, — „doch die Feindseligkeiten können eröffnet werden, ehe der Congreß sich versammelt, die Kriegserklärung würde dann nur zur Formsache werden. Der mexikanische Krieg begann in dieser Weise. Eine Privat-Notiz von dem Flotten-Sekretär an den Commandeur eines unserer Kriegsschiffe in den cubanischen Gewässern genügt, um die Feindseligkeiten zu eröffnen. — Die Schlacht von Navarino wurde bekanntlich geschlagen mit augenscheinlicher Nichtbeachtung der Befehle des englischen Kriegs-Ministeriums an den britischen Admiral. Seine Orders waren, Frieden zu halten, aber an den Rand derselben schrieb der Kriegsminister eigenhändig: "Go it, Ned!" und der Admiral wußte, was man von ihm wollte; er griff die Türken bei der ersten, besten Gelegenheit an."

„„Ist es gewiß, daß Spanien Krieg führen würde?""

„Ohne Zweifel!" — lautete die Antwort. „Der Besitz Cuba's ist der fanatischsten Nation der Welt zum Fanatismus geworden. Die Regierung Alfonso's würde bei der geringsten Provokation zu den Waffen greifen müssen, oder sie müßte darauf gefaßt sein, in den ersten 14 Tagen über die Pyrenäen gejagt zu werden.""

„„Würde nicht der Kampf so ungleich sein, daß der Krieg in wenig Wochen zu Ende wäre?""

„Nicht so ungleich, wie wir in unserer Eitelkeit vermuthen. Spanien könnte uns in den ersten sechs Monaten weit mehr schädigen, als wir im Stande wären, ihm Schaden zuzufügen. Die englischen Schiffsbauer würden es rasch mit einer ganzen Anzahl mächtiger Kriegsschiffe versorgen, um unsern Handel zu zerstören, welcher sich eben erst von den Schlägen erholt, welche ihm von drei oder vier conföderirten Kreuzern zugefügt wurden. Um unsere Küsten gehörig zu vertheidigen, müßten wir eine ungeheure Flotte bauen; nur auf Cuba könnten wir vor der Hand Spanien schädigen. Diese Insel würden wir allerdings gewinnen, aber dieselbe würde uns 100,000 Mann und 500,000,000 Dollars kosten."

„„Allerdings ein kühnes und gewagtes Spiel" — bemerkte der Journalist — „was immer dabei gewonnen werden mag. Aber glauben Sie denn, daß Grant den dritten Termin durchsetzen würde?""

„Nein, das glaube ich nicht" — erwiderte der republikanische Führer — „doch das macht keinen Unterschied, so lange er in diesem Wahne lebt. Ich hege keinen Zweifel, daß er jetzt den spanischen Krieg für die beste Karte seines verwegenen Spieles um die Wiedererwählung hält; die Zweitbeste ist die Irritirung des Südens. Diese wird jetzt in Louisiana und Mississippi versucht. Den besten Trumpf wird er jedoch zuletzt ausspielen. Das einzige Hinderniß würde das demokratische Repräsentantenhaus sein, welches die Mittel zur Kriegführung verweigern könnte; doch auch hierauf ist kein Verlaß. Die Kriegsbegeisterung des Volkes kann in einem hohen Grade entfacht werden, daß das Haus gezwungen sein wird, die von der Administration verlangten Mittel zur Kriegführung zu verwilligen. Im Ganzen genommen, gibt die Situation genug Grund zu Befürchtungen, zumal die Massen der rep. Partei sich nie von der Absicht Grant's auf einen dritten Termin überzeugen werden, bis er seine Karten zeigt. Es dauert lange, bis die durch den Krieg erzeugte Heldenvergötterung im Sande verläuft."

Soweit die Unterredung des Redakteurs der „N.-Y. Tribüne" mit dem republikanischen Parteiführer. — Auch andere tonangebende Blätter des Landes hegen ähnliche Befürchtungen. Der gestrige „N.-Y. Herald" sagt editoriell: „Der Versuch, den Geist der Rebellion durch Provokation des Südens wieder zu beleben, ist fehlgeschlagen. Es bleibt Nichts weiter übrig, als — Spanien. Wir haben allerdings eine kleine Abrechnung mit Spanien zu halten. Der Präsident kann uns viele Gründe angeben, wenn er geneigt sein sollte, jenem Lande schroff gegenüber zu treten; aber wir haben demselben gegenüber so viel Geduld an den Tag gelegt, und ein Krieg mit Spanien würde so kostspielig und blutig werden, daß er als eine nationale Calamität angesehen werden müßte. Ein solcher Krieg würde nicht nur eine Calamität, sondern ein Verbrechen sein. Augenscheinlich beabsichtigen die Männer in der Umgebung des Präsidenten, diesen Krieg mit Gewalt herbeizuführen. Wir erhalten beständig Andeutungen in dieser Richtung. Hoffentlich werden die patriotischen Bürger dieses Landes jeden Versuch, dieses Land jetzt in einen Krieg mit dem Auslande zu verwickeln, als ein nationales Verbrechen ansehen und vereiteln."

Die Amendirung des Tarif-Gesetzes.

In einer gestern in Washington stattgefundenen Conferenz des congressionellen Comite's verständigte man sich dahin, die Steuer auf Broker-Verkäufe fallen zu lassen; ebenso, daß Pflanzer für $100 Tabak an Consumenten verkaufen können, ohne der Lizenz-Lösung unterworfen zu sein. Die Steuer von nicht-moussirenden Weinen wurde auf 40 Cts. pro Gallone, in Kisten, festgesetzt. Mit Seide gemischte Modewaaren sollen eine höhere Einfuhrs-Abgabe zahlen und das neue Gesetz am 1. Juli in Kraft treten.

Es heißt jetzt, daß Schatzamts-Sekretär Bristow der Ansicht ist, daß er mit einer Mehreinnahme von 30 (anstatt 55) Millionen Dllrs. im laufenden Jahre den Staatshaushalt bestreiten kann.

Steuer auf Weißbier.

Der Einnehmer der inländischen Steuer, William B. Elliott von Philadelphia, hat eine Mittheilung von Washington erhalten, welche die Steuer für Weißbier betrifft. Dieselbe lautet folgendermaßen:

„Schatz-Departement, Büreau der inländischen Steuer, Washington, den 4. Jan. 1874. — Weißbier von alkoholischer Kraft, welche nicht 2¼ Prozent überschreitet, ist, gemäß früherer Bestimmungen dieses Büreau's, als unter der Rubrik „Root-Bier und andere geringere Biere" fallend, betrachtet worden, und war als solches nach dem 11. Abschnitte der Akte vom 2. März 1867, steuerfrei.

Die revidirten gesetzlichen Bestimmungen der Ver. Staaten bestimmen nun im Abschnitt 3339, daß für „ein jedes Barrel von nicht größerem Inhalte, als 31 Gallonen von Bier, Lagerbier, Ale, Porter und andern ähnlichen gegohrenen Getränken, seien dieselben nun verkauft, oder zum Verbrauche oder Verkaufe entfernt und mögen derartige Liquors irgend welchen Namen führen, daß für ein jedes solches Barrel $1 Steuer gezahlt werden soll; eine gleiche Rate soll für größere Quantitäten oder für einen Bruchtheil eines Barrels in Rechnung gebracht werden."

Die in der Akte vom 2. März 1867 ausgesprochene Zollfreiheit ist nicht erneuert worden und steht daher nicht länger in Kraft.

Weißbier ist ein gegohrenes Getränk, welches mit Malz oder ein Substitut dafür fabrizirt wird und mit Hopfen zugesetzt ist, und ist dasselbe ähnlich wie Bier, Ale, Porter, und unterscheidet sich von letzteren Getränken im Wesentlichen nur durch die Quantität des zugesetzten Alkohols. Man muß daher annehmen, daß dasselbe ebenfalls in obige Rubrik, welche steuerpflichtige Getränke enthält, mit einbegriffen ist, und wird die Zahlung einer derartigen Steuer, wie die Abschnitte 3339, 3342 und 3348 bestimmen, gefordert werden und zwar von dem 1. Januar 1875 an.

Alles Weißbier, welches an oder nach dem 1. Januar 1875 fabrizirt und verkauft oder zum Verbrauche oder zum Verkaufe versandt wird, ohne mit den nöthigen Steuermarken versehen zu sein, wird nach Formular 22 an die Collektoren zur Steuerzahlung berichtet werden, und werden die Brauer aufgefordert, nach Formular 18 solches Weißbier zu verzeichnen, welches von ihnen nach dem vorgenannten Datum gebraut worden ist.

Alle Weißbier-Brauer werden, wie früher, aufgefordert werden, mitzutheilen, ob sie das Geschäft fortsetzen wollen (Formular 27), wie dies im Abschnitt 3335 bestimmt wird; ferner Bücher zu führen und von jetzt an Bericht abzulegen (Formular 18), wie dieses die Bestimmungen des Abschnitts 3337 festsetzen, und werden dieselben für alle Gesetze und Bestimmungen, welche für Brauer gelten, verantwortlich gemacht werden.

Die Collektoren werden nicht beauftragt werden, Steuer für Weißbier zu verlangen, welches vor dem 1. Januar 1875 fabrizirt, verkauft oder zum Verbrauche oder Verkaufe entfernt worden ist, es sei denn, daß das Bier mehr als 2¼ Prozent Alkohol enthalte, und werden die Steuern, welche bisher auf derartiges mehr Alkohol haltendes Bier aufgelegt oder eingesammelt wurden, nicht aufgehoben und sollen die Steuern, welche früher aufgelegt sind und noch ausstehen, eingesammelt werden.

Die Bestimmung des Abschnitts 3354 der revidirten Statuten (Abschnitt 30, Akte vom 6. Juni 1872) bezüglich Herausnahme von gegohrenen geistigen Getränken, um dieselben auf Flaschen zu ziehen, und bezüglich des Verbotes des Abziehens von gegohrenen geistigen Getränken auf Flaschen im Brauhause oder in mit demselben in Verbindung stehenden Baulichkeiten, wird ebenso gut auf Weißbier, als auf irgendwelche andere geistigen Getränke in Anwendung zu bringen sein.

Die Collektoren werden aufgefordert, diese Bestimmungen öffentlich bekannt zu machen, und eine Abschrift dieser Spezialbestimmung an jeden in ihrem resp. Distrikte wohnenden Weißbierbrauer zu übermitteln, sowie die Bestimmungen in Kraft treten zu lassen.

J. W. Douglaß, Commissär."

Die Theesteuer.

Es ist unsern Lesern bekannt, daß der Congreß im Begriffe steht, die Theesteuer wieder einzuführen. Als Vorwand dient die Nothwendigkeit, mehr Revenüen für den Regierungshaushalt zu beschaffen. Das klingt ganz gut, und bis zu gewissem Grade sogar patriotisch. Aber dennoch versteckt sich dahinter wieder der Schwindel. Wenig bekannt dürfte es nämlich sein, daß in New-York allein 75 Mill. Pfd. Thee aufgestapelt und noch 10 Mill. Pfd. mehr von Japan und China unterwegs sind. Die große Thee-Aufhäufung, das Resultat unvorsichtiger Spekulation und der Handels-Krisis, hat den Thee-Markt total aus den Fugen gebracht und man sann auf Mittel, wie man sich zu retten vermöge. Man sandte Agenten nach Washington, die mit Geld und guten Worten die Wiedereinführung der Theesteuer befürworteten, und, siehe da, sie erhielten Gehör. Die Wiedereinführung der alten Steuer wurde angeregt, und **sofort stieg Thee um 10 Cts. pro Pfd.**; passirt der Vorschlag der Einführung der alten Steuer von 15 Cts. Gold pro Pfd., so wird eine weitere Erhöhung des Preises nicht ausbleiben. Aber gewinnt dabei das Publikum oder die Kasse der Regierung? Gott bewahre. 85 Mill. Pfund Thee reichen für den amerikanischen Bedarf auf drei Jahre aus und wenigstens 18 Monate werden darüber hingehen, ehe neue Einfuhren stattfinden. Aus all' diesem geht hervor, daß das Volk thatsächlich zu Gunsten der Importeure um circa 15 Mill. Dllrs. besteuert werden soll, während die Regierung keinen Cent gewinnt. Ein so goldener Preis ist wohl geeignet, zu Opfern aufzufordern, und diese werden bereits reichlich in Washington gebracht, um die Wiedereinführung der Theesteuer durchzusetzen. Das Geld fließt aus den Taschen der Importeure, die es reichlich vom Volke wiederzuerlangen gedenken.

Ein theuerer Gast.

Der Congreß hat die Empfangskosten des Königs Kalakaua mit $25,000 festgesetzt. Hiermit sind aber alle jene Kosten, die der Besuch dieses „Monarchen" dem Volke der Ver. Staaten gekostet hat, noch lange nicht erschöpft. Auch in New-York und anderen Städten der Union ist „König Kalakaua" auf Kosten der Bürger auf eine sehr kostspielige Weise empfangen worden und hätte auch Baltimore sein Scherflein dazu beitragen müssen, wenn es der braunen Majestät gefallen hätte, uns offiziell mit seinem Besuche zu beehren. Im Ganzen genommen, wird man kaum irren, wenn man die Empfangskosten des Königs Kalakaua in den Ver. Staaten mit $100,000 bis $150,000 veranschlagt, was je $2 bis $3 auf den Kopf jedes ferner 50,000 Unterthanen ausmachen möchte. Wenn man bei'm Empfange eines anderen Monarchen einen ähnlichen Maßstab anwenden möchte, so möchte ein Besuch selbst eines der kleineren europäischen Monarchen uns bereits Millionen von Dollars kosten, und ist es daher im allgemeinen Interesse der amerikanischen Steuerzahler, zu wünschen, daß dieser erste Besuch eines gekrönten Potentaten in den Ver. Staaten auch der letzte gewesen sein möge. So großes Vergnügen es auch unseren „Shoddy"-Aristokraten gewähren mag, einem leibhaftigen „Könige" die Hand zu schütteln, für das amerikanische Volk im Allgemeinen ist ein solches Vergnügen zu kostspielig; es sei denn, diese Herren möchten sich das nächste Mal entschließen, diese Kosten aus ihrer eigenen Tasche zu zahlen. (Ph. Wchbl.)

Die Türkei und Montenegro.

Die seit einigen Monaten bestehenden Differenzen zwischen der Pforte und Montenegro haben sich plötzlich zu einer gefährlichen Verwickelung gesteigert, so daß sogar der Ausbruch des Krieges befürchtet wird. Kämpfe zwischen Türken und Montenegrinern sind zwar bis vor wenigen Jahren so gewöhnliche, Jahr für Jahr sich erneuernde Vorkommnisse gewesen, daß, wenn die Feindseligkeiten sich auf Montenegro und die Türkei beschränken würden, man im übrigen Europa auch jetzt ziemlich gleichgültig auf diesen Conflikt blicken dürfte; aber während die Montenegriner früher isolirt waren und nur von Rußland einige heimliche Unterstützung empfingen, bestehen jetzt sehr freundschaftliche Beziehungen, wo nicht sogar förmliche Allianz-Verträge zwischen ihnen und den beiden anderen europäischen Vasallenstaaten der Pforte, Rumänien und Serbien, und die Wahrscheinlichkeit ist, daß, wenn ein Krieg ausbricht, die Serben und Rumänen die Gelegenheit benützen werden, sich vollständig unabhängig zu machen.

Die Pforte ist sich dieser Gefahr längst bewußt geworden, und hat in neuester Zeit große Rüstungen gemacht, um gleich bei'm ersten Auflodern der Kriegsflamme mit Nachdruck handeln zu können.

Es ist indessen ungünstig für sie, daß der Streit mit Montenegro zuerst ausgebrochen ist, denn eine Befriegung desselben bietet die größten Schwierigkeiten, und wenn die Serben und Rumänen sich einstweilen noch ruhig halten, bis das Gros der türkischen Truppen in den schwarzen Bergen engagirt ist, so könnte die Pforte trotz aller Vorbereitungen plötzlich auch ihren Besitz von Bosnien und der Herzegowina bedroht sehen, denn die dort lebende serbische Bevölkerung ist sehr zahlreich und würde sich wahrscheinlich sofort gegen die Muhamedaner erheben, wenn das gut gerüstete Serbien der Pforte den Krieg erklären würde.

Der Vorfall, der zu dieser Verwickelung Anlaß gegeben hat, war folgender: In dem kleinen Städtchen Podgoritza in Albanien, wohin sich die Montenegriner an Markttagen gewöhnlich begeben, um dort Lebensmittel einzukaufen, sowie eigene Produkte zu verkaufen, war Ende Oktober auf dem Marktplatze, auf dem etwa hundert Montenegriner, darunter ein Archimandrit, sich eingefunden hatten, Streit zwischen einem Montenegriner und einem Türken ausgebrochen, in Folge dessen der Erstere sein Messer herauszog und den Türken erstach. Sofort entstand ein Auflauf; die Montenegriner wurden von den Türken umringt und es entspann sich ein blutiger Kampf, der für die Montenegriner um so unglücklicher ausfiel, als sie in großer Minderheit waren. Bis die türkischen Behörden intervenirten, lagen bereits zwanzig Montenegriner todt am Boden, darunter der erwähnte Archimandrit und eine Montenegrinerin. Die entronnenen Montenegriner verbreiteten darauf mit Blitzesschnelle die Nachricht von dem traurigen Vorgange in den Schwarzen Bergen, wo begreiflicher Weise eine ungeheure Aufregung entstand. Die Leute wollten bewaffnet, wie sie stets sind, gleich über die Grenze eilen, um blutige Rache an den Türken zu nehmen, allein der Fürst Nikitza litt es nicht, und um nicht größere Verwickelungen hervorzurufen, ließ er augenblicklich alle Türken, welche in Handelsgeschäften sich in Cetinje befanden, unter starker Bedeckung über die Grenze bringen, da man sonst für deren Sicherheit wegen der in der Stadt herrschenden furchtbaren Aufregung nicht hätte bürgen können. Dagegen ließ er von der Pforte sofort die strengste Untersuchung des Vorfalls fordern und zwar mit Hinzuziehung der europäischen Consuln, da ohne deren Controle kein unparteiisches Urtheil von den türkischen Behörden zu erwarten sei. Die Pforte wies diese letztere Forderung zurück, da jedoch auch Rußland energisch dafür eintrat, so fand die Untersuchung schließlich wirklich im Beisein von Vertretern der europäischen Mächte statt, und ihr Ergebniß war, daß zwanzig oder dreißig Muhamedaner, die an dem Kampfe den lebhaftesten Antheil genommen, zu zwanzigjährigem Kerker verurtheilt wurden.

Mit diesem Urtheil hatte man die Sache erledigt geglaubt; allein in Montenegro war man damit keineswegs zufrieden und drohte, daß wenn die Mörder der zwanzig erschlagenen Montenegriner nicht hingerichtet würden, man sich selbst Recht verschaffen und durch den Tod von zwanzig Muhamedanern die Unthat sühnen würde. In Folge Dessen ward ein neues Verfahren gegen die bereits Verurtheilten eingeleitet und sie wurden nun zum Tode verurtheilt; da jedoch diese Strafe für eine in der Leidenschaft des Kampfes begangene That offenbar zu hart war, zumal die Montenegriner die erste Gewaltthat begangen und zuerst Blut vergossen hatte, so erhob die Pforte Schwierigkeiten Betreffs der Vollstreckung des Urtheils und verlangte sie die Auslieferung der Montenegriner, die an dem Kampfe Theil genommen, um auch sie vor Gericht zu stellen.

Dieses Verlangen wird wohl, wie die Montenegriner vermuthen, nur ein Vorwand sein, um sich der Vollstreckung des Urtheils zu entgehen, denn es scheint, daß alle Montenegriner, die bei der Schlägerei betheiligt waren, erschlagen worden sind; allein wenn man auch der Pforte darin Recht geben muß, daß es eine Ungerechtigkeit wäre, wenn das Urtheil vollstreckt würde, so ist es andererseits doch unmöglich, den Montenegrinern begreiflich zu machen, daß nicht alle Schuld an diesem beklagenswerthen Vorgange auf Seite der Türken lag, denn wie unter ihnen selbst die Blutrache noch herrscht, so lassen sie sich auch nicht ausreden, daß für jeden ihrer getödteten Landsleute ein Türkenkopf die nothwendige Sühne ist.

Unter diesen Umständen würde es, selbst wenn der Fürst Nikitza den Ausbruch von Feindseligkeiten noch nicht wünschen sollte, schwer sein, sie von Gewaltthätigkeiten abzuhalten.

Wir glauben nicht, daß Rußland, welches jetzt noch in Centralasien so viel zu thun hat, die Wiedereröffnung der orientalischen Frage im gegenwärtigen Augenblick angenehm sein würde und auch Oestreich, das noch immer an den Folgen seiner wirthschaftlichen Krisis laborirt, würde es gewiß gerne sehen, wenn die Katastrophe noch auf einige Jahre sich hinausschieben ließe; allein beide Mächte sind längst von dem unvermeidlichen Eintritt derselben, mag er auch etwas früher oder später erfolgen, überzeugt, und haben auch bereits im Einverständnisse mit dem deutschen Reich ihre Dispositionen für den Fall getroffen.

Wenn übrigens diplomatische Vermittelung die Krisis noch hinausschieben kann, so wird es gewiß geschehen, allein wo Volksleidenschaften im Spiele sind, da ist die Diplomatie in den meisten Fällen rath- und hülflos. Der Fortbestand der Türkei in ihrer gegenwärtigen Gestalt ist eine Unmöglichkeit geworden; sie ist morsch und zerrüttet, und je mehr die abendländische Civilisation sie ergreift, desto unhaltbarer werden die Zustände. Aber wenn auch die Emanzipation der christlichen Stämme eine Nothwendigkeit geworden ist, so würde es doch kein leichter Kampf sein, den sie gegen die muhamedanischen Elemente zu führen haben würden; es würde ein schrecklicher Krieg werden und um seine Schrecken zu mildern, würden dann wahrscheinlich Oestreich und Rußland sich zur Intervention genöthigt sehen. (Stsztg.)

Tages-Neuigkeiten.

(Per Telegraph und Post.)

Die Gesetzgebung von Westvirginien trat erst am zweiten Mittwoch im Januar (13. Jan.) zusammen. Dieses in Berichtigung einer Mittheilung, die den ersten Sitzungstag schon auf die erste Woche verlegte.

Senator Schurz soll die Absicht haben, nach seinem Austritt aus dem Senat, eine „Geschichte der Vereinigten Staaten" zu schreiben. Um die für ein solches Werk nöthigen Quellen zur Hand zu haben, will Hr. Schurz nach Boston oder New-York übersiedeln.

Der Herausgeber des „Deutsch-Amerikaner" in Lafayette, Ind., hat zugleich eine deutsche Buchhandlung. Seine Erfahrung und Beobachtungen in dieser veranlassen ihn zu folgendem Epigramm: „Daß nur wahre Größe unsterblich ist, haben wir besonders in letzter Zeit so recht erkannt, da wir die ungeheure Nachfrage nach dem „Leben und Thaten des Schinderhannes" kaum zu befriedigen vermochten. Der einst so gefeierte Rinaldo Rinaldini ist ganz und gar in den Schatten gestellt, und wird jetzt sogar von dem „bayrischen Hiesel" an Popularität überflügelt. Es ist doch gut, wenn eine Nation ihre großen Männer ehrt."

In New-York wurden im letzten Jahre nicht weniger als 31,400 Personen in die „Tombs" geschickt.

Dem ersten Bayonneten-Uebergriffe in New-Orleans ist schnell der zweite gefolgt, gerade, wie wir es von Anfang an prophezeiht haben. Unsere gestrigen telegraphischen Berichte meldeten, daß in Vicksburg, Miss., vorgestern der neuerwählte conservative Scheriff Flanagan (nicht Flaragan) auf Veranlassung des notorischen Gouverneurs Ames durch eine Bundesmilitär-Abtheilung vom 3. Inf.-Rgt. unter Capt. Head gewaltsam aus dem Amte entfernt wurde und an seiner Statt der republikanische Kanzler Hill den W. H. McGee mit dem Amte betraute. Das Barreau protestirte und das Volk sah gelassen zu.